

01.09.2010 - Wie Öl und Chemie das Mississippi-Delta ruiniert haben

Die Katastrophe begann nicht mit BP

von Brian Marks

Nach dem Hurrikan Katrina hat die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko die Aufmerksamkeit der Medien erneut auf den südlichen Teil des Bundesstaates Louisiana gelenkt. Doch auch diesmal wird die Region missverstanden. Warum Louisiana so verwundbar ist und wie sehr man hier den Preis zahlt für die Abhängigkeit der USA vom Öl, wird nicht ausreichend thematisiert.

Das Öl, das vor Louisianas Küsten gewonnen und in seinen Raffinerien verarbeitet wird, schmiert das Transportsystem und die Wirtschaft der ganzen Landes. Angesichts unserer Abhängigkeit von der Ölindustrie tun sich umweltbewusste Menschen aus anderen Teil der USA leicht, auf uns herabzuschauen, doch mit der schmutzigen, gefährlichen Arbeit, die sich entlang der Golfküste konzentriert und Amerika auftankt, ermöglicht diese Region die «post-industriellen», «grünen» Wirtschaften der Ostküste wie die Biomedizin und Kaliforniens Hightechindustrie.

Hinter der aktuellen Ölkatastrophe lauern jedoch noch andere, schleichende Katastrophen ? eine davon ist der Landverlust, verursacht durch Tausende kilometerlange Kanäle durch die Feuchtgebiete, die der Suche nach Öl und der Navigation dienen. Durch sie dringt immer mehr Salzwasser ins Landesinnere. Pflanzen und Bäume sterben ab, das beschleunigt die Erosion. Im Laufe des 20. Jahrhunderts gingen auf diese Weise rund 4900 Quadratkilometer Land in Louisiana verloren [das ist fast die doppelte Fläche des Saarlands], alle 38 Minuten verschwindet Land in der Größe eines Fussballfelds. Das Delta, das im Laufe von Jahrtausenden entstanden ist, droht binnen von Jahrzehnten zu verschwinden. Der Landverlust macht die Hurrikans für die Bewohner noch gefährlicher.

Aber all das bleibt abstrakt, wenn man nicht am Rande des Brackwassers steht, wo früher Menschen ihre Häuser und Lebensgrundlage hatten. Für diejenigen, die nach einer aktuellen Katastrophe wie der Ölpest nur für kurze Zeit kommen, bleiben die langfristigen Folgen unsichtbar: der Fortgang der Bewohner, die Umsiedlung ganzer Ortschaften, der Überdruß derer, die hierbleiben, die steigenden Versicherungskosten ? wenn überhaupt noch etwas versichert wird.

Diejenigen, die seit Jahrzehnten hier leben, erinnern sich, wie noch Vieh graste auf trockenem Land, wo heute nur ausgedehnte Wasserflächen stehen, und es Eichen,

Sümpfe und Seen gab. Die Ölfirmen wurden für ihre Rolle in dieser schleichenden Katastrophe nie haftbar gemacht.

Die Medienaufmerksamkeit rund um das Bohrloch und die Folgen für die Fischer hat Licht auf eine weitere, verhängnisvolle Krise geworfen. Die Globalisierung der Fischereiindustrie hat die amerikanische Bevölkerung von den Meeresfrüchten entkoppelt, die sie isst. Die ökologische Gesundheit des Golfs von Mexiko spielt für die Versorgung der Meeresfrüchte anbietenden «Iss-so-viel-du willst»-Büffets keine Rolle.

Louisiana produziert rund 40% der US-amerikanischen Garnelen, doch 90% der Garnelen, die in den USA konsumiert werden, werden importiert, Louisianas Marktanteil beträgt also nur 4%. Der ständig wachsende Verbrauch und die sinkenden Importpreise für Produkte aus den Zuchtbetrieben Asiens und Zentralamerikas haben die Garnelenproduktion für amerikanische Fischer im letzten Jahrzehnt unrentabel gemacht.

Hinzu kamen die vielen Hurrikan-Schäden 2005 und 2008 (Katrina, Rita, Gustav, Ike). So wurden viele Garnelenfischer in den Ruin getrieben ? und die noch übrig sind, befinden sich in einer extrem prekären Situation. So wie die aktuelle Ölpest ist auch die akute Fischereikrise ein Ausdruck langfristig wirkender Kräfte und nur oberflächlich betrachtet ein unkontrollierbares und unvorhersehbares Ereignis.

Die Bemühungen, den Fischern und anderen vom Sinken der Deepwater Horizon Betroffenen zu helfen, sind natürlich willkommen. Strukturelle Veränderungen werden jedoch nur dann möglich werden, wenn man versteht, wie ihre Situation mit der Machtkonzentration in der Nahrungsmittelindustrie, mit der verheerenden Wirkung zu niedriger Erzeugerpreise und der Trennung der Nahrungsmittelverbraucher von den Nahrungsmittelproduzenten zusammenhängt. Programme wie Fair Trade und eine regionale Fischversorgung versprechen, die Probleme an der Wurzel zu packen durch kostendeckende Preise, eine geringere Konzentration in der Landwirtschaft und eine direkte Verbindung zwischen Herstellern und Verbrauchern.

Gegenseitige, ungleiche Abhängigkeit

Es muss Aussenstehenden als grausame Ironie erscheinen, dass die Küstengemeinden Louisianas, die am meisten vom Fischhandel und einem ökologisch intakten Mündungsgebiet abhängen, zugleich diejenigen sind, die am stärksten von den Öl- und Gasbohrungen auf See abhängen. Das südliche Louisiana ist eine Insel der verarbeitenden Industrie inmitten eines Meeres der De-Industrialisierung Amerikas, eine

gewerkschaftsfreie Industrieenklave, wo der Hochschulabsolvent und der qualifizierte Handwerker gleichermaßen einen Job finden kann, um den Archipel von Ölplattformen vor der Küste von Texas und Louisiana zu unterhalten, der ein Drittel der heimischen Ölvorkommen fördert.

Louisiana ist auch der größte Terminal für den Import von Erdöl. Dutzende von Raffinerien, Kraftwerke und Chemiefabriken tanken diese Energie entlang der Ufer des Mississippi zwischen Baton Rouge und New Orleans. Diese industrielle Konzentration macht Louisianas Wirtschaft zur energieintensivsten des Landes ? hier werden für jede Million Dollar Bruttoinlandsprodukt 0,71 Tonnen Öl verbrannt (im nationalen Durchschnitt 0,29 Tonnen).

Der unverhältnismäßig große Anteil an chemischer Industrie und die Macht der Industrie über die Gesetzgebung des Bundesstaates haben zur Folge, dass die Giftbelastung pro Arbeitsplatz in der chemischen Industrie hier am höchsten ist, doppelt so hoch wie in Texas. Und obwohl die extrem niedrig gelegenen Küstengebiete am stärksten für den Anstieg des Meeresspiegels anfällig sind, steht Louisianas Wirtschaft im Kohleverbrauch an 5.Stelle.

Louisianas Energieindustrie wird vom Staat massiv subventioniert ? auf Kosten der Einwohner. Der Strompreis für den privaten Verbraucher ist hier höher als im US-Durchschnitt, aber für die Industrie liegen die Preise mit am niedrigsten. Kombiniert mit der Externalisierung der Umweltfolgen einer fossilen Energieproduktion in Form zerstörter Feuchtgebiete, bescheren diese Subventionen den Energiemultis riesige Extraprofite.

Bislang gab es noch kein Aufbegehren gegen die Ölbohrungen vor der Küste ? nicht nur wegen des großen Einflusses der Ölindustrie auf die Politik des Bundesstaates, sondern auch weil Alternativen für eine regionale wirtschaftliche Entwicklung fehlen.

Während anderswo Rezession herrscht, hat Süd-Louisiana im US-Vergleich die niedrigste Arbeitslosenrate, denn der hohe Ölpreis beflügelt fieberhaft die Suche nach und die Förderung von Öl. Das führt dazu, dass viele Einwohner die Offshore-Bohrungen vehement verteidigen, zugleich aber, wegen der damit verbundenen Schäden für die Fischereiwirtschaft und weil künftige Bohrungen durch die Ölpest fraglich geworden sind, eine große Wut gegen BP und das (Miss-)Management in Washington hegen.

Die Forderung nach einem Moratorium für Offshorebohrungen klingt in den Ohren der

Bewohner Louisianas ähnlich höhnisch wie die nach dem Hurrikan Katrina, New Orleans zu verlassen ? als einfache Ausrede derer, die sich davor zu drücken, für die Ausbeutung Süd-Louisianas zu zahlen, von der andere profitieren. Die Verantwortung wird auf die Opfern abgewälzt statt die gegenseitige, höchst ungleiche Abhängigkeit zu thematisieren, die sich darin äußert, dass Risiken, Umweltverschmutzung und -zerstörung in Südlouisiana bleiben, während Macht und Kapital anderswo angehäuft werden.

Das Öl soll im Boden bleiben

Hier wiederholt sich die «Arbeit-gegen-Umwelt»-Polarität, die schon anderswo katastrophale Folgen für beide gezeigt hat. An den Wäldern des Nordwestens, am Kohleabbau in den Appalachen und am Artenschutz weltweit zeigt sich, dass die Abkopplung der Bewohner eines Gebietes von der sie umgebenden Natur die Menschen des Bodens und ihrer natürlichen Lebensgrundlage beraubt, Konzerne und Regierungen aber in die Lage versetzt, sich die Ressourcen anzueignen und sie auszubeuten. Häufig werden dann die Produzenten von ihren landwirtschaftlichen Gütern, Fisch- und Weidegründen in die Arme der Industrie und rechter Politiker getrieben und zu Gegnern städtischer Umweltschützer und regionale Verbraucher gemacht.

Die Bewegung für Umweltgerechtigkeit (Environmental Justice, EJ) in Süd-Louisiana definiert Umwelt als all das, worin wir leben, arbeiten, spielen. Sie betont, dass die Überwindung struktureller Ungleichheiten im Verhältnis der Ethnien, Geschlechter und Klassen zueinander für ein besseres Verhältnis zur Natur notwendig ist.

Jede Umweltpolitik, die die Küste Louisianas wie einen Nationalpark behandelt, also einen Ort, der vor den Menschen bewahrt und geschützt werden muss, ist zum Scheitern verurteilt ? ganz einfach, weil Mensch und Natur hier zu sehr miteinander verwoben sind. Land und Wasser bilden eine vom Menschen durchdrungene Wildnis, untrennbar verbunden mit der Bedeutung und dem Nutzen, den sie für ihre BewohnerInnen hat, aber deswegen keineswegs immer in harmonischer Einheit mit ihnen.

Um diese Landschaft zu verstehen, muss man sich mit den vielfältigen Schichten auseinandersetzen, die die Kultur der amerikanischen Ureinwohner, der Cajun (aus Kanada vertriebene Franzosen), der Afroamerikaner, Angloamerikaner, Vietnamesen und des Industriekapitalismus hinterlassen haben ? sie haben ein Ökosystem geformt, das gebeutelt, aber immer noch reich ist.

Die Bewegung für Umweltgerechtigkeit konzentriert sich auf die Raffinerie und Verarbeitung von Erdöl ? das ist das kapital- und energieintensivste und umweltschädlichste Segment im petrochemischen Produktionszyklus zwischen der

Offshorebohrung und dem Auto. Sie fordert die Einstellung der enormen staatlichen Subventionen für die petrochemische Industrie und den Aufbau einer lokalen Ökonomie, die nicht länger von Ölförderung und Umweltzerstörung abhängt.

Die Einnahmen aus der Öl- und Gasförderung sollen wieder in die Staatskassen Louisianas geleitet werden, denn derzeit fließen sie nach Washington. In den 50er Jahren trugen Öl und Gas über ein Viertel zu den Staatseinnahmen Louisianas bei, heute ist es nur noch ein Sechstel. Da nun die küstennahen Ölfelder erschöpft sind und die Tiefsee-Förderung boomt ? also aus Gewässern kommt, die der Zentralregierung, nicht dem Bundesstaat gehören ?, sinken Louisianas Einnahmen noch mehr.

Während also die Feuchtgebiete nach und nach verschwinden, weiter Land verloren geht und Hunderttausende Einwohner ohne ausreichenden Hurrikan-Schutz sind, wird dem Bundesstaat das Geld zur Lösung dieser Probleme verwehrt.

Einen anderen erwägenswerten Vorschlag hat Ecuador gemacht: Das Öl soll im Boden bleiben, für die dadurch eingesparten CO₂-Emissionen soll es einen finanziellen Ausgleich geben. Die Bevölkerung könnte das Land weiter nutzen, nur den Multis würde die Ausbeutung der unterirdischen Ressourcen verwehrt.

Auf diese Weise könnte der Bundesstaat wieder über wichtige Einnahmen verfügen, die er zur Wiederherstellung der Feuchtgebiete und zum Schutz der Einwohner nutzen kann, gleichzeitig würde mit dem Ölverbrauch auch der CO₂-Ausstoß eingedämmt.

Brian Marks ist Geograf und stammt aus Süd-Louisiana. Er hat über den wirtschaftlichen Druck geforscht, dem Garnelenfischer im Mississippi- und im Mekongdelta ausgesetzt sind.

Aus: Against the Current [Detroit], Nr.147, Juli/August 2010.

Übersetzung: Angela Huemer.

Weitere Texte zu diesem SoZ-Thema:

Wolfgang Pomrehn, Am Tropf von Öl und Auto

Rolf Euler/Angela Klein, Das Elektroauto: ein Beitrag zum Umweltschutz?

Tomas Konicz, Wie BP Washington an der Nase herumführt